



Wahlkreis:

Moltkestr. 56, 33330 Gütersloh

Tel 05241 917 09 31

Fax 05241 752 40

E-Mail ralph.brinkhaus@bundestag.de

Pressemitteilung

Kloster Mor Gabriel erleidet Rückschlag in Gerichtsverfahren - Brinkhaus: „Werden die nächsten Schritte des türkischen Staates genau beobachten“

Das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel im Südosten der Türkei hat in einem Rechtsstreit mit dem Schatzamt des Landes einen schweren Rückschlag erlitten: In einem Verfahren um Land, das seit Jahrhunderten im Besitz des Klosters ist, hat das oberste Gericht in Ankara jetzt eine frühere Entscheidung zugunsten des Klosters aufgehoben. Große Wald- und Flurstücke, die teilweise bis an die Klostermauern heranreichen, wurden der Staatskasse zugesprochen.

Der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Gütersloh, Ralph Brinkhaus, hat das Kloster Mor Gabriel im vergangenen Jahr besucht und sich ein Bild von der Lage gemacht. Er weiß, dass die aramäischen Gemeinden im Kreis Gütersloh die Gerichtsverfahren gegen das Kloster mit großer Sorge beobachten und teilt diese Sorge.

Das Kloster Mor Gabriel ist eines der ältesten Klöster weltweit und das geistige und kulturelle Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen. In einer früheren Resolution des Deutschen Bundestages heißt es sogar, die Schließung des Klosters könnte den Fortbestand der Kultur syrisch-orthodoxer Christen insgesamt akut gefährden.

Brinkhaus: „Ich teile die Auffassung der menschenrechtspolitischen Sprecherin der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Ute Granold, dass es sich bei diesem Urteil um den Beginn einer Entwicklung handeln könnte, die das Kloster in seiner Existenz bedroht.“ Granold hat den türkischen Staat, der hinter dieser wie auch hinter anderen Klagen gegen das Kloster steht, aufgefordert, seine Politik zu ändern. Sie wies auch auf eklatante Mängel im Bereich der Religionsfreiheit hin, die der jüngste Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Türkei aufweist.

„Wir werden die nächsten Schritte sehr genau beobachten“, sagt Brinkhaus. „Die türkische Regierung muss wissen, dass wir es nicht hinnehmen werden, wenn die christlichen Minderheiten in der Türkei ihre Religion nicht frei ausüben können.“